PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN - LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg.1964 Nr.12 (16) 15.Juni Einzelpreis S 3,-

Um den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs

Von einigen unserer Leser haben wir die Anregung erhalten, neben den kürzeren und notwendigerweise mehr agitatorischen Artikeln fallweise auch umfangreichere, gründlichere Analysen zu veröffentlichen, die als Grundlage für ein ernsthaftes politisches Studium, für theoretische Diskussionen und marxistische Schulungszirkel dienen können, wie sie jetzt da und dort wieder entstehen. Mit der nachstehend abgedruckten Arbeit, die den ersten Teil einer längeren Untersuchung eines Gründungsmitglieds der "ROTEN FAHNE" darstellt, hoffen wir dem berechtigten Wunsch unserer Leser zu entsprechen.

DIE REDAKTION

Seit 90 Jahren gibt es eine organisierte marxistische Arbeiterbewegung in Österreich. Noch immer herrscht aber in unserem Lande die Kapitalistenklasse, bestimmt sie über unser Schicksal, obwohl sie von der Geschichte längst zum Tod verurteilt ist und obwohl schon längst die materiellen Voraussetzungen für ihren Sturz und für die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung gegeben sind. Wie ist das zu erklären? Hatte am Ende Marx mit der zwingenden Schlußfolgerung, die er aus der wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, aus deren von ihm entdecktem Bewegungsgesetz ableitete, unrecht?

Aus dem Inhalt:

Keineswegs. Doch gerade die marxistische Forschungsmethode hilft verstehen, daß eine Arbeiterklasse nicht ungestraft den Vollzug ihrer historischen Mission, nämlich den Kapitalismus zu begraben, aussetzen kann. Dadurch, daß der Kapitalismus sich zum Imperialismus, d.h. zum "monopolistischen, parasitären oder faulenden, sterbenden Kapitalismus" (Lenin) entwickeln konnte, vermochte er mit Hilfe eines Teiles der ungeheuren Extraprofite, die aus den "unterentwickelten" Völkern gepreßt wurden, eine Oberschicht der "eigenen" Arbeiterklasse zu korrumpieren. Durch die Vermittlung dieser "Arbeiteraristokratie", wie sie von den Klassikern des Marxismus-Leninismus genannt wurde, ist die Mehrheit der Arbeiterschaft in den imperialistischen Ländern (und in den mit dem Imperialismus durch tausend Bande ökonomisch engstens verknüpften kleineren Ländern des entwickelten Kapitalismus) von ihren Klassenzielen abgedrängt und vor den Kriegswagen der Imperialisten gespannt worden.

Alle Revolutionen zusammengenommen haben den europäischen Werktätigen kaum einen Bruchteil der enormen Blutopfer abverlangt, die sie auf dem Altar des unersättlichen imperialistischen Molochs darbringen mußten. Vor 50 Jahren wurden die Arbeiter Europas mit Hilfe der verräterischen Führer der II. Internationale in den Ersten Weltkrieg gezerrt, der insgesamt 10 Millionen Menschenleben gekostet hat. Doch diese grausame Lehre wurde von ihnen - mit der glorreichen Ausnahme des russischen Proletariats - nicht beherzigt. Statt dessen schenkten sie abermals reformistischen Verrätern ihr Vertrauen. Die Folge davon war, daß sie auch in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurden. Auch in diesem Weltkrieg, an dem alle Imperialisten die Schuld tragen, ging es letzten Endes um die Neuaufteilung der Kolonien und Halbkolonien unter die rivalisierenden Räuber sowie um die koloniale Unterjochung bis dahin unabhängiger Staaten, darunter auch europäischer. Der Zweite Weltkrieg forderte schon 50 Millionen Menschenleben. Und er endete nicht etwa wie der Erste mit einer Illusion vom "ewigen Frieden", sondern mit dem Beginn der offenen Vorbereitung eines neuen, dritten Weltkriegs, der zweifellos hunderte Millionen Menschen umbringen würde, wenn es den Friedenskräften nicht gelingt, ihn zu verhindern.

Nach der Logik der Dinge würde auch ein dritter Weltkrieg vor allem in Europa toben, wo nicht nur die wichtigsten Berührungslinien zwischen den potentiellen Gegnern, nicht nur ein gewaltiges Wirtschaftspotential, sondern vor allem das ausschlaggebende Kanonenfutter der Imperialisten auf engstem Raum konzentriert ist. Wenn es den Imperialisten gelingt, mit Hilfe der Reformisten und der Revisionisten die Werktätigen abermals irrezuführen und vor ihren Kriegswagen zu spannen, dann droht den Arbeitern Westeuropas, einschließlich Österreichs, die größte Katastrophe der Geschichte, ihre buchstäbliche physische Vernichtung. Das berühmte Gleichnis Bert Brechts von Karthago, das drei Kriege geführt hatte und nach dem dritten nicht mehr aufzufinden war, würde sich hier schauerlich erfüllen. KANN DIESES UNHEIL ABGEWENDET WERDEN ? JA! ABER WIE ?

*

Die Marxisten unterscheiden sich dadurch von bürgerlichen Pazifisten, daß sie an die Frage Krieg und Frieden nicht vom Standpunkt subjektiver Ängste und Wünsche, sondern vom Standpunkt objektiver, wissenschaftlicher Einsichten und Schlußfolgerungen herangehen. Für die Marxisten sind daher Kriege nicht eine Fügung der Götter oder eine Äußerung der "menschlichen Natur" oder das Resultat "mangelnder Aufklärung", sondern eine historisch bedingte Begleit- und Folge-Erscheinung der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Klassenkämpfe. Lenin definierte - in Abwandlung eines Wortes von Clausewitz - den Krieg als die "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Die Marxisten wissen daher, daß die auf Ausplünderung fremder Völker und auf Zurückdrängung rivalisierender Räuber gerichtete Politik der Imperialisten zu Kolonialkriegen und zu Weltkriegen drängt, daß andererseits die auf die Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sowie auf die Befreiung von kapitalistischer Lohnsklaverei gerichtete Politik der unterdrückten Nationen und Klassen notwendigerweise Befreiungskriege und Bürgerkriege mit einschließt. Sie unterscheiden daher zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und wissen, daß letztere nur dadurch wirksam bekämpft werden können, indem man gegen ihre Ursache kämpft - gegen den Imperialismus.

Die Revisionisten haben auch diese hundertmal von der Erfahrung bestätigte Wahrheit des Marxismus vergessen oder verraten. Sie faseln davon, daß ein Weltkrieg in unserer Zeit lediglich die Folge des Vorhandenseins von Blöcken, Generälen und Rüstungen (Tito, Kardelj) oder das Ergebnis eines "Zufalls" bzw. einer "Wahnsinnstat" (Chruschtschow, Mikojan) wäre. Da die Revisionisten die wahren Ursachen der Gefahr eines Weltkriegs verkennen oder bewußt vertuschen, sind sie auch nicht imstande, den richtigen Weg zu seiner Verhütung zu weisen. Im Gegenteil! Ihre Politik der Kapitulation vor den Imperialisten, der Beschönigung der amerikanischen Aggressionspolitik und der Spaltung der Friedenskräfte ist nur dazu angetan, die Kriegstreiber zu ermutigen, ihnen das Handwerk zu erleichtern, die Kriegsgefahr zu vergrößern!

Angesichts dieses katastrophalen und verbrecherischen Versagens der Revisionisten müssen die Marxisten-Leninisten die österreichische Arbeiterklasse auf die ihr drohende LEBENSGEFAHR unermüdlich aufmerksam machen und sie in den Kampf gegen diese Gefahr führen.

*

Woher geht nun die auch unser Volk tödlich bedrohende Weltkriegsgefahr konkret aus? ES MUSS KLAR UND DEUTLICH AUSGESPROCHEN WERDEN, DASS NACHWEISLICH VOR ALLEM DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS DIE WELT MIT EINEM VERHEERENDEN ATOMKRIEG BEDROHT ! Die von Chruschtschow dirigierten Revisionisten unterlassen es seit geraumer Zeit völlig, den von der kommunistischen Weltbewegung immer wieder als den Hauptkriegstreiber gebrandmarkten USA-Imperialismus anzuprangern.

Umso wichtiger ist es für uns, zu zeigen, daß gerade vom amerikanischen Imperialismus die Gefahr eines dritten Weltkrieges ausgeht! Denn die Tatsachen beweisen:

> Der Imperialismus der USA - der als erster Atombomben angewandt hat, der unverhüllt (im Zeichen des Antikommunismus, wie seinerzeit die faschistische "Achse" Berlin-Rom-Tokio) seine Weltherrschaft anstrebt, der für die zahlreichen "Kolonialkriege" seit 1945 die Hauptverantwortung trägt, der die ganze nichtsozialistische Welt mit einer Kette von aggressiven Kriegsbündnissen umspannt und mit einem dichtmaschigen Netz von Militärstützpunkten überzogen hat, der den Großteil seiner Budgetmittel in wachsendem Maße für Kriegsrüstungen aufwendet, der überall in der Welt und ununterbrochen Unruhe stiftet - betreibt unentwegt eine Politik der Aggression und des Krieges, die letzten Endes in einen dritten Weltkrieg zu münden droht!

Die Gründe für diese besondere Rolle des USA-Imperialismus als Hauptkraft der Aggression und des Krieges liegen in historischen, ökonomischen und politischen Umständen. Die beiden vergangenen Weltkriege waren die Perioden des stürmischesten Wachstums der amerikanischen Wirtschaft, Produktionskapazität und Profitmacherei. Die amerikanischen Produktivkräfte sind direkt oder mittelbar vorwiegend im Hinblick auf Krieg und Rüstungen entwickelt worden. Der Löwenanteil der Profite des amerikanischen Monopolkapitals ist mit den Kriegsvorbereitungen und der Ausplünderung fremder Völker verknüpft. Die Tatsache, daß die während des Zweiten Weltkriegs und in dessen Gefolge zeitweilig zurückgedrängten imperialistischen Rivalen der USA unterdessen aufgeholt haben, verringert nicht die Aggressivität des amerikanischen Imperialismus, sondern s t e i g e r t sie noch.

Denn <u>erstens</u> kann vom imperialistischen Standpunkt aus der sich verschärfende Widerspruch zwischen dem unerhört aufgeblähten Produktionspotential der USA und den immer engeren Grenzen seiner kapitalistischen Verwertbarkeit nur dadurch gelöst werden, daß der amerikanische Neokolonialismus den Platz der alten Kolonialisten einnimmt, daß die jungen wie die alten unabhängigen Länder unter die Botmäßigkeit des USA-Imperialismus gestellt werden, daß die imperialistischen Konkurrenten durch das amerikanische Monopolkapital von ihren eigenen Märkten verdrängt werden und die USA zur Herrschaft über die ganze Welt streben.

<u>Zweitens</u> wirkt sich das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus heute g a n z a n d e r s aus als vor dem Zweiten Weltkrieg, als der deutsche und der japanische Imperialismus eine zeitweilige Überlegenheit über die Westmächte erlangen, diese in die Defensive drängen und schließlich zum offenen Waffengang herausfordern konnten. Obwohl die USA den Höhepunkt ihrer Machtstellung im imperialistischen Lager (hinsichtlich ihres Anteils an der Weltproduktion und am Welthandel, ihres Goldvorrats, ihrer militärischen Stärke und ihres politischen Einflusses) längst überschritten haben und sich inner-

halb dieses Lagers das spezifische Gewicht ihrer Rivalen, vor allem Frankreichs, Westdeutschlands und Japans, aber auch Englands und Italiens, beträchtlich erhöht hat, bleibt das ökonomische und vor allem militärische Übergewicht der USA noch für eine lange Zeit so eklatant, daß von ihrer Herausforderung zu einer kriegerischen Auseinandersetzung selbst durch eine Koalition von imperialistischen Konkurrenten kaum die Rede sein kann.

Im Gegenteil: alle anderen Imperialisten sind in irgendeiner Weise vom USA-Imperialismus bedrängt und bedroht, sehen sich diesem gegenüber in einer Verteidigungsposition (die sie sogar in diesem oder jenem Maß zeitweilig zusammen mit dem sozialistischen Lager und den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in eine gemeinsame Abwehrfront bringt). Angesichts der realen Machtverhältnisse in der kapitalistischen Welt kann es in absehbarer Zeit keinen Imperialismus geben, der an einer Aggressions- und Kriegspolitik mehr interessiert wäre als der amerikanische Imperialismus.

Da dieser sogar seine Verbündeten wie Satelliten behandelt und ihnen gegenüber nach dem Gesetz des Dschungels verfährt (man denke nur an die jüngsten Schiffahrtsverordnungen der USA!), geraten auch diese in eine Abwehrstellung gegenüber dem heutigen Erzfeind der ganzen Menschheit. Die Zuspitzung der Gegensätze unter den Imperialisten, der wachsende Widerstand, dem die USA sogar im eigenen Lager begegnen, kann aber die amerikanischen Imperialisten nur noch zu tollkühnerer Abenteuerlichkeit anstacheln, was erhöhte Wachsamkeit und verstärkten Zusammenschluß der Friedenskräfte erfordert.

Drittens bleibt der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus nach wie vor der Hauptwiderspruch unserer Zeit. Das Kräfteverhältnis verändert sich immer mehr zugunsten des Sozialismus. Dadurch sehen sich naturgemäß alle Imperialisten gefährdet. An der Front des internationalen Klassenkampfes ist aber die Führerrolle des USA-Imperialismus unanfechtbar und unbestritten. Die blamable Fehleinschätzung der sogenannten "Achse Paris-Bonn" durch Chruschtschow zeigt bloß ein übriges Mal, in welche Gefahren das sowjetische Staatsschiff geraten ist, seit seine Lenker den Kompaß des wissenschaftlichen Sozialismus über Bord geworfen haben.

Chruschtschow glaubt, daß er durch die Herstellung einer Art "Entente Cordiale" ("herzliches Einvernehmen", wie zur Zeit des Ersten Weltkriegs das englisch-französische Bündnis genannt wurde) mit den USA in der Frage der "Nichtverbreitung von Atomwaffen" der Sowjetunion größere Sicherheit verschaffen würde. DAS GENAUE GEGENTEIL IST DER FALL. Diese mit dem Moskauer Schwindelabkommen über die teilweise Einstellung der Atomwaffentests eingeleitete und mit der nicht weniger betrügerischen "Einschränkung der Produktion spaltbaren Materials" fortgesetzte Politik zielt nicht nur auf eine Schwächung der Verteidigungskraft des sozialistischen Lagers ab, sondern auch auf eine

<u>moralisch-politische Unterstützung des amerikanischen Anspruchs auf ein Atommonopol und damit einer Vorrangstellung in der kapitalistischen Welt</u>. Nun ist ein solcher Monopolanspruch zwar nicht zu verwirklichen, aber der q u a n t i t a t i v e Unterschied in der Atombewaffnung der USA einerseits und der anderen imperialistischen Großmächte andererseits ist so gewaltig, daß er für absehbare Zeit einen q u a l i t a t i v e n Unterschied zwischen ihnen hinsichtlich einer eventuellen Verwendung dieser Waffen bedingt:

NACH WIE VOR GEHT DIE GEFAHR EINES GEGEN DIE SOZIALISTISCHEN LÄNDER GERICHTETEN NUKLEAREN WELTKRIEGS AUSSCHLIESSLICH VON DEN USA AUS UND K A N N NUR VON IHNEN AUSGEHEN !

★

Die Gefahr eines atomaren Weltkriegs, die unvermeidlich auch für ÖSTERREICH eine wahrhaft tödliche Gefahr ist, kann nur gebannt werden, wenn sich a l l e Völker gegen den amerikanischen Imperialismus zusammenschließen. Die außenpolitische Aufgabe der österreichischen Arbeiterklasse in der Frage von Krieg und Frieden kann daher nur lauten: den amerikanischen Imperialismus unermüdlich entlarven, ihm auf Schritt und Tritt entschieden entgegentreten, ihn schwächen, wie und wo wir nur können, die Durchführung seiner verbrecherischen Pläne vereiteln oder zumindest erschweren. Das bedeutet p r a k t i s c h :

<u>schonungslose Anprangerung jeder Aggressionshandlung der USA</u> (die "Volksstimme" tut bekanntlich das Gegenteil, indem sie die H a u p t rolle der USA, sowohl bei dem barbarischen Krieg gegen das südvietnamesische Volk als auch bei dem konterrevolutionären Putsch in Brasilien usw. verschweigt oder verniedlicht); rückhaltlose, aktive Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die in der vordersten Linie des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus stehen; entschiedener Kampf gegen die pro-imperialistischen Aktionen der österreichischen Regierung (wie z.Bsp. die Entsendung einer Sanitätsabteilung für das unter der UNO-Flagge segelnde Expeditionskorps der angloamerikanischen Imperialisten gegen das Volk von Zypern, die von der "Volksstimme" kommentarlos gemeldet wurde!), gegen die niederträchtige pro-imperialistische Hetze in den bürgerlichen und SP-Zeitungen, sowie gegen die durch und durch verlogene Haltung unserer Revisionisten, die in der Frage von Krieg und Frieden stur dem Kommandostab Chruschtschows folgen, bar jeder Verantwortung für die internationale Arbeiterklasse und für das eigene Volk; konsequentes Eintreten für eine wirklich neutrale, auf die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegenüber dem Druck der USA und auf die Sicherung des Weltfriedens gerichtete österreichische Außenpolitik.

★

Und wie verhält es sich mit der vom BONNER REVANCHISMUS ausgehenden Gefahr? Daß der im Bonner Staat wiedererstandene

deutsche Imperialismus d e r H a u p t f e i n d der nationalen Unabhängigkeit Österreichs ist, steht außer Zweifel und braucht hier nicht neu bewiesen zu werden. GERADE FÜR DEN KAMPF GEGEN DIE BONNER IMPERIALISTEN IST ABER DIE RICHTIGE EINSCHÄTZUNG DER ROLLE DES <u>USA-IMPERIALISMUS</u> VON ENTSCHEIDENDER BEDEUTUNG ! Wenn die Auffassungen der österreichischen Marxisten-Leninisten denen der Revisionisten in der Frage des Schutzes unserer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ebenso entgegengesetzt sind wie in der Frage der Behütung unseres Volkes vor der Gefahr des Atomkriegs, so nicht etwa darum, weil wir die unserem Land von Seiten der westdeutschen Monopolkapitalisten, Militaristen und Revanchisten drohende Gefahr unterschätzen, sondern <u>weil diese Gefahr durch die Politik der Revisionisten nur noch v e r g r ö ß e r t wird!</u>

Denn man kann doch diese Gefahr nur vergrößern, wenn man sie mit Hilfe der a m e r i k a n i s c h e n Imperialisten "bekämpfen" will, die in Wahrheit die wichtigste und e n t s c h e i d e n d e S t ü t z e des revanchelüsternen westdeutschen Monopolkapitals, seine aktiven Förderer und Inspiratoren sind!

Man kann doch den unsere nationale Unabhängigkeit bedrohenden Hauptfeind, die Reaktionäre und Chauvinisten in Westdeutschland, nur stärken, wenn man dem berechtigten Streben des deutschen Volkes nach Wiederherstellung seiner nationalen Einheit entgegentritt und die Verewigung der Spaltung Deutschlands direkt oder indirekt gutheißt, und wenn man in Österreich einem a n t i - d e u t s c h e n C h a u v i n i s m u s Vorschub leistet, der nichts, aber schon garnichts mit der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs zu tun hat!

Und man kann doch schließlich nicht ernsthaft die Sache unserer nationalen Unabhängigkeit verfechten, wenn man n u r die ihr von Westdeutschland aus drohende Gefahr sieht, jedoch die antiösterreichischen Machenschaften der anderen Imperialisten, vor allem der amerikanischen, die oft mit den aggressiven Intentionen und Anschlägen der Bonner Militaristen konform gehen, manchmal aber auch unabhängig, bisweilen sogar in Konkurrenz zu ihnen, unsere Unabhängigkeit und Souveränität bedrohen, geflissentlich übersieht und verschweigt!

Von allen diesen Gesichtspunkten aus ist die Politik der Revisionisten entschieden zu bekämpfen.

(Wird fortgesetzt)

Zur Abwechslung: Ein Gedicht!

Geschrieben vor 40 Jahren, heute aktueller als je.

(Auch der Marxismus-Leninismus hat seine Propheten, nur schöpfen sie ihren Weitblick, ihren Blick in die Zukunft nicht aus "Offenbarungen Gottes", sondern aus einer sehr scharfen Beobachtung der erhebenden - und der bedrückenden - Wirklichkeiten der Erde.)

ÜBER DAS GESINDEL

Von Wladimir MAJAKOWSKY

Deutsch von Johannes R.BECHER

Heil, heil den Helden! Den Helden heil!

Übrigens -
wir haben sie genug gefeiert.
Heute nun
wollen
das Gesindel uns ein wenig näher wir betrachten!

Es glätten sich die Wellenberge der Revolution.
Die Sowjet-Unruhe hat sich ausgeglichen.
Und hervor kroch
hinter dem Rücken der RSFSR
das kleinbürgerliche Gesindel.

(Bitte nagelt mich nicht fest an diesem Wort:
dem Kleinbürger alle Ehr'; den Kleinbürger
aller Klassen und Ständ'
achte ich sehr.)

Aus allen Winkeln Rußlands -
die Sowjetwehen waren ja glücklich überstanden -
schwirrten sie an,
sie häuteten sich, wechselten das Gefieder,
setzten in den Sowjetbehörden sich fest.

Fünf Jahre schon sitzen sie so.
Die Gesäße sind schwielig geworden, -
Speckstein.
Sie leben aber heute noch immer
still, dumm und gefräßig.
Allerlei haben sie da sich zusammengerafft,
gemütliche Wohnstuben,
Schlafzimmer sich eingerichtet.

Und abends hockte dieses Geziefer,
wohlig sich räkelnd,
herum um den Samowar,
schnurrte wohlgefällig -,
die Frau übte grade Klavier.

"Genossin Nadja!
Zum Feiertag gibt 's Zulage -
Doppeltes Gehalt!
Tarif!
He - he !
Breeches aus englischem Tuch,
Hemden aus feinstem Pikee
schaff' ich mir an..."

Frau Nadja:
"Aber Männe, ick meene, och ick brauch' 'ne Toilette,
gemustert mit Sichel und Hammer,
Todschick!
Das Allermodernste!
Zum Ball im Revolutionären Kriegsrat -
Wie kann ich sonst dorthin, -
ich habe ja nichts anzuziehn!"

In feinem rotem Rähmchen
hängt Karl Marx an der Wand.
Unser Kätzchen
hat sein Nest sich gebaut auf der "Iswestija"
und unser Kanarienvogel in seinem goldenen Käfig
am Fenster
zwitschert und piepst ja
wie toll...

Herab von seiner Wand
betrachtet sich Karl Marx das Idyll...
Und plötzlich
reißt er den Mund auf,
brüllt:
"Verdammtes Spießerpack,
Ihr versaut die Revolution!
Gefährlicher seid Ihr als Wrangel!
Dreht doch dem Biest von einem Kanarienvogel
endlich den Hals um!
Oder der Kommunismus
versinkt noch in einem Meer von Gezwitscher...
Aber schnell -
Sonst wird 's mir zu dumm!"

Anmerkung der Redaktion: Majakowsky hat das Gedicht mit keiner Widmung versehen. Anscheinend wollte er das der jeweiligen Zeit überlassen.



Auch telefonisch ist die
"ROTE FAHNE"
jetzt erreichbar. Unsere Nummer ist **92-10-672**

" 53 VON 92 "

Die theoretische Zeitschrift der KPdSU, "Kommunist", veröffentlichte in ihrer Juni-Nummer eine offizielle Liste jener Parteien, deren Führer angeblich den revisionistischen Kurs Chruschtschows im allgemeinen und seine jetzt forcierten Spaltungsaktionen im besonderen unterstützen. Die Bedeutung dieser Veröffentlichung wird dadurch unterstrichen, daß auch die sowjetischen Zeitungen "Prawda", "Iswestija" und "Partinaja Schisn" hintereinander solche Listen der tatsächlichen oder angeblichen Mitglieder der Chruschtschow-Fraktion abdruckten.

WELCHE ABSICHT UND WELCHEN ZWECK VERFOLGEN DIESE VERÖFFENTLICHUNGEN ? WAS SOLLEN SIE BEDEUTEN ?

Es gibt auf diese Fragen nur eine plausible Antwort: Sie bedeuten, daß Chruschtschow mit Volldampf Kurs auf die offene, demonstrative Spaltung der kommunistischen Weltbewegung genommen hat, daß er fieberhaft daran ist, eine revisionistische Fraktion zusammenzustellen, mit deren Hilfe er eine Rumpfkonferenz zur Revision der internationalen Beschlüsse von 1957 und 1960 in Moskau, vor allem aber zur Ächtung aller antirevisionistischen Parteien und Kräfte auf die Beine bringen will. Als Datum für ein solches Konzil zur Verdammung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus und ihrer Verteidiger hat Chruschtschow bereits den Oktober des heurigen Jahres genannt.

WARUM HABEN ES DIE REVISIONISTEN SO EILIG ? Auch darauf ist die Antwort nicht schwer zu finden: Sie wissen, daß die Zeit gegen sie arbeitet! In allen Ländern und Parteien sammeln sich gegenwärtig die dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus treu gebliebenen Kommunisten im Kampf gegen die revisionistische Flut, die alle revolutionären Grundsätze ersäufen möchte. Überall hat eine klärende Diskussion eingesetzt und die klaren Argumente der Marxisten-Leninisten beginnen zu wirken. Insbesondere die überlegenen, von marxistischer Prinzipientreue und revolutionärer Logik gekennzeichneten Dokumente der KP Chinas sind dabei eine entscheidende Hilfe und alle Versuche der Revisionisten, ihr Bekanntwerden und ihre Verbreitung zu verhindern, schlagen fehl.

Vor einigen Monaten haben die Revisionisten noch geprahlt, die "überwältigende Mehrheit" aller Parteiführungen stehe auf ihrer Seite und sie haben dabei Zahlen bis zu 70 genannt, wenn sie es nicht überhaupt vorzogen, so zu tun, als stünden bloß z w e i Parteien weiter auf dem Boden des Marxismus, alle andern aber im Lager Chruschtschows. WIESO SPRECHEN SIE JETZT NUR MEHR VON 53 PARTEIEN ? Und selbst diese Zahl haben die Revisionisten nur erhalten, indem sie z.Bsp. die Tito-Partei für sich reklamieren, die zwar zu ihnen paßt, aber deswegen noch lange keine kommunistische Partei ist; indem sie die KP Italiens mitzählten, die die von Chruschtschow für den Herbst anberaumte Fraktionskonferenz entschieden abgelehnt hat, usw. Und schließlich: WAS IST DAS FÜR EINE "ÜBERWÄLTI-

GENDE MEHRHEIT", in der die größte kommunistische Partei des sozialistischen Lagers, die KP Chinas, und die größte kommunistische Partei der übrigen Welt, die KP Indonesiens, fehlen, in der die kommunistischen Parteien Albaniens, Koreas, Vietnams, Kubas, Japans, Neuseelands, Rumäniens und an die 30 andere fehlen - ganz abgesehen von den im Kampf gegen den Revisionismus neu formierten kommunistischen Parteien in Belgien, Brasilien, Australien, Ceylon usw., die auch dann existieren, arbeiten und kämpfen, wenn sie von den Revisionisten nicht "anerkannt" werden. Der Ehrentitel einer Kommunistischen Partei wird weder von Chruschtschow verliehen noch ist er an einige Jahrzehnte Anwartschaft gebunden. Über ihn entscheidet die politische Praxis in der Gegenwart und nicht das Gründungsdatum.

Die Revisionisten merken jetzt, daß sich die Dinge nicht so entwickeln, wie sie sich das vorgestellt haben. Deswegen wollen sie so rasch als möglich vollzogene Tatsachen schaffen. Ihre "Flucht nach vorne" ist ein Eingeständnis der Unhaltbarkeit ihrer Position, ebenso wie ihre "Politik der Stärke", nämlich der Ausschlüsse und Repressalien, ein Einbekenntnis ihrer Schwäche ist. Weil sie in Panik zu geraten beginnen, ist jetzt erhöhte Wachsamkeit, verdoppelter Widerstand gegen die zersetzende und spalterische Tätigkeit der Revisionisten notwendig.

F.

ZUR WAHLRECHTSREFORM

Nebenstehende Karikatur stammt aus der katholischen "Furche". Sie gefiel der "Volksstimme" so gut, daß sie sie nachdruckte. Uns gefällt sie auch, weil sie den Kern der Sache trifft. Wir haben bloß eine Frage: Müßte die KPÖ aus der Tatsache, die Gegenstand der Karikatur ist, nicht auch politische Konsequenzen ziehen? Oder genügt es, wenn man sich über die Karikatur zwar freut, aber im übrigen weiterhin den rechten SP-Führern nachläuft?



„Schön Pappi, Pappi machen, damit du groß und stark wirst!"

DER 17. PARTEITAG DER KP FRANKREICHS

Es war ein Parteitag des auftrumpfenden Revisionismus. Neben der Anbiederung an Guy MOLLET, den Chruschtschow am 21. Juni 1960 noch einen "abgefeimten Imperialisten und Kolonialisten" genannt hat, und bösartigen Angriffen gegen die KP Chinas, brachte der Parteitag ein im Sinne der Revisionisten abgeändertes Statut und ein Bekenntnis zum Mehrparteienstaat. Unter den personellen Änderungen ist vor allem der Abgang von Maurice THOREZ und seine Ersetzung durch WALDECK-ROCHET bemerkenswert. Thorez stand 34 Jahre an der Spitze der KPF und obwohl er die revisionistische Schwenkung seit dem 20. Parteitag weitgehend mitmachte, erscheint er den modernen Revisionisten heute doch als zu suspekt, um ihm die Parteiführung zu überlassen. Um seinen Abgang zu vergolden, wurde für Thorez eigens das Amt eines "Parteipräsidenten geschaffen, dem jedoch keine politische Bedeutung zukommt. Jaques DUCLOS wurde aus dem Sekretariat der Partei entfernt, ebenso FEIX und MAUVAIS.

Fast noch wichtiger als die innerpolitischen Beschlüsse und Maßnahmen des Parteitags waren die außenpolitischen Ziele, die die Revisionisten mit ihm verfolgten. Sie hatten eine ungewöhnlich große Zahl anderer Parteien, darunter die Titopartei, jedoch nicht die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, eingeladen und sich als prominenten Vertreter Chruschtschows SUSLOW bestellt.

Suslow benahm sich dann so, als wäre er auf einem internationalen Tribunal zur Verurteilung aller Gegner des Revisionismus. Offen richtete er an alle anwesenden ausländischen Delgationen die Aufforderung zu einer energischen "Säuberung" ihrer Parteien von allen Kräften, die sich dem Revisionismus entgegenstellen.

Bei der KPÖ, die durch den Chefrevisionisten Marek vertreten war, war die Aufforderung freilich nicht mehr notwendig. Ihre Selbständigkeit besteht darin, daß sie solche Wünsche schon erfüllt, bevor sie ausdrücklich geäußert werden.

DIE ZEIT VERGEHT...



Rasch ist ein halbes Jahr vergangen -

und für unsere Halbjahresabonnenten wird die Erneuerung ihres Abonnements fällig.

Wir bitten sie, sich des beiliegenden Erlagscheins zu bedienen.

AVISO

Vor kurzem veröffentlichte die KP Chinas den Briefwechsel, der seit November zwischen ihr und der KPdSU geführt wurde. Angesichts ihres ungemein interessanten Inhalts hat die "ROTE FAHNE" die wichtigsten dieser Briefe übersetzt und wird sie noch im Juni als Sondernummer versenden.

AUS MUHRIS "GEHEIMBERICHT" AN DAS ZK-PLENUM

Schon in ihrer vorigen Nummer hat die "ROTE FAHNE" mitgeteilt, daß die in der "Volksstimme" vom 13.Mai veröffentlichte angebliche Rede Franz Muhris auf dem ZK-Plenum in Wirklichkeit nur einen Teil dieser Rede darstellte, während ein anderer, wichtigerer Teil seiner Ausführungen unveröffentlicht blieb. Eine zensurierte Fassung dieses Teiles der Muhri-Rede zirkuliert gegenwärtig als streng vertrauliches Dokument unter den als "verläßlich" betrachteten höheren Funktionären der Partei, während anderen Funktionären derselben Rangstufe kein Einblick gewährt wird. Anscheinend betrachten die revisionistischen "Kämpfer gegen den Fraktionismus" und wortreichen "Verteidiger der Einheit der Partei" eine solche Gruppenwirtschaft als Durchsetzung der "Leninschen Normen des Parteilebens".

Da es uns notwendig scheint, nicht nur diese "vergessenen" Parteifunktionäre, sondern die Parteiöffentlichkeit überhaupt über das zu informieren, was sie nach Meinung der führenden Revisionisten nicht erfahren sollen, veröffentlichen wir nachstehend die wichtigsten Abschnitte dieses so ängstlich geheimgehaltenen Materials:

Interessant ist schon der erste Abschnitt des Berichts, der das deutliche Eingeständnis enthält, daß die von den Revisionisten betriebene allzu plumpe und gar zu dick aufgetragene Hetze gegen die KP Chinas eine Bumerangwirkung hat und die Verleumder selbst bloßstellt. Nach einigen der üblichen Ausfälle gegen die KP Chinas heißt es hier nämlich:

> "Gleichzeitig glauben wir aber auch, daß es unserer Sache und den Bestrebungen zur Herstellung einer neuen (!) Einheit nur hinderlich sein kann, wenn da und dort in der Polemik gegen die chinesischen Genossen gehässige und verletzende Ausdrücke verwendet werden, die dann bei uns vom Gegner in der Presse mit sichtlichem Behagen zitiert und in großen Schlagzeilen aufgemacht werden. Solche Überspitzungen geben den chinesischen Führern eine zusätzliche Möglichkeit... Wir sind auch nicht einverstanden, wenn der Vorwurf erhoben wird, China wolle einen Atomkrieg, die chinesischen Genossen seien 'Rassisten', sie seien überhaupt gegen die Hebung des Lebensstandards, gegen die Entwicklung der Ökonomik in den sozialistischen Ländern usw."

Muhri geht sogar noch weiter:

> "China ist ein sozialistisches Land. Der Sieg der sozialistischen Revolution hat die Wurzeln der Kriege in China beseitigt und den Weltimperialismus, die Kräfte des Krieges, empfindlich geschwächt. Die Existenz eines sozialistischen Chinas gehört mit zu jenen Faktoren, die heute die Verhinderung eines dritten Weltkriegs möglich machen...Wir können auch nicht übersehen, daß die KP Chinas

(Fortsetzung auf Seite 18)

in ihrem Land selber viel getan hat und weiter tut, um die Wirtschaft, besonders die Landwirtschaft, zu entwickeln.."

Liest man diese Worte, fragt man sich unwillkürlich, ob aus dem Revisionisten Muhri, dem Ressortchef des Kampfes gegen "chinesische" (d.h. marxistisch-leninistische) Auffassungen in der KPÖ, plötzlich ein Freund Volkschinas geworden sei und ob man sich darüber nicht freuen solle. Und man fragt sich weiter, ob die Erklärungen Muhris, die doch eine unverkennbare Kritik an der Argumentation nicht nur Chruschtschows und Suslows, sondern auch der österreichischen Revisionisten bedeuten, nicht das lange erwartete Auftreten eines eigenen Gedankens, eines eigenen Urteils anstelle bloßen Papageientums seien.

DOCH DIE FREUDE IST VERFRÜHT, für sie besteht kein Grund, weil wir es, wie sich rasch herausstellt, bloß mit "taktischen" Manövern und demagogischen Verbeugungen vor den Tatsachen zu tun haben, die auch die Revisionisten nicht ganz ignorieren können. Denn:

1.) besteht zwischen den geheimgehaltenen Eingeständnissen Muhris und der offiziellen Argumentation der Revisionisten der Widerspruch, daß sie sich in der politischen Praxis genau der verlogenen Darstellung bedienen, die sie in der Theorie verwerfen,

2.) geht es den Revisionisten ja garnicht um Objektivität und Wahrheit, sondern um die größtmögliche Wirkung dessen, was sie sagen und sagen können, um den zumutbaren Grad der Entstellung der Wahrheit, um den größtmöglichen Effekt der Lüge. Eben darum ist der Haupteinwand Muhris gegen das, was er schamhaft "Überspitzungen" nennt, nicht ihre Unwahrheit, sondern der Umstand, daß sie den Angegriffenen "zusätzliche Möglichkeiten" gibt, die Lügner zu entlarven!

Zur "Lage in der Partei" führte Muhri folgendes aus:

"Die Auseinandersetzungen in der kommunistischen Weltbewegung wirken sich natürlich auch auf unsere Partei aus. Dazu kommt, daß nicht wenige Genossen noch immer nicht fertig sind mit den Problemen des 20.Parteitags und daß sich die Partei in einer Periode befindet, in der sie wenig sichtbare Erfolge, aber bedeutende Rückschläge hinnehmen mußte. Unter diesen Umständen leidet auch die Autorität der Führung unserer Partei und tauchen Zweifel an der Richtigkeit unserer Politik auf. Das alles schafft einen günstigen Boden für die Tätigkeit fraktioneller Gruppen, für Angriffe auf die Partei..."

Wir haben hier den Opportunismus in einer seiner typischen Formen vor uns: den völligen Mangel an Selbstkritik. So wie einst bei den SP-Führern ist es heute bei den modernen Revisionisten im ZK der KPÖ. Immer waren nur die Umstände schuld, die widrigen Verhältnisse, die Schwierigkeiten der Situation, niemals

sie selber. Gibt es irgendwo auch nur den kleinsten Erfolg, so ist das natürlich eine Bestätigung der Richtigkeit der Politik der Revisionisten, erntet die Partei aber unausgesetzt Rückschläge sogar dort, wo man das schon nicht mehr für möglich hielt, so hat das beileibe nichts mit der Politik zu tun, sondern liegt eben an den widrigen Umständen. Sinkt die Autorität der Führung - so sind ebenfalls die Umstände dran schuld. Mehren sich die berechtigten Zweifel an der Richtigkeit des politischen Kurses der Partei - wieder die bösen Umstände. Sind Mitglieder und Funktionäre in zunehmender Zahl nicht mehr bereit, die als falsch erkannte Politik der Parteiführung mitzumachen - erst recht die Umstände. Ihre Selbstgerechtigkeit kennt keine Grenzen.

Zu den zahlreichen widrigen Umständen, die alle Rückschläge verursachen, die Autorität der Parteiführer untergraben und die mit den Problemen leider "nicht fertig werdenden" Genossen - ein Gfrett, daß sie so begriffsstützig sind - verwirren, kam in der letzten Zeit laut Muhri noch ein weiterer: die "ROTE FAHNE"! In der Sprache und Vorstellungswelt Muhris nimmt sich das so aus:

> "Wie ja bereits bekannt ist, hat sich bei uns mit albanischer und chinesischer Unterstützung eine fraktionelle Gruppe gebildet, die von Franz Strobl, der inzwischen aus der Partei ausgeschlossen wurde, geleitet wird. Diese Gruppe ist von ihrer ursprünglichen Absicht, sich rasch als eigene Partei zu konstituieren, abgegangen und ab November bezeichnet sie ihre Zeitung 'Rote Fahne' nicht mehr als Organ der antirevisionistischen Kommunisten Österreichs, sondern als 'Tribüne der Marxisten-Leninisten in der KPÖ'. Es muß uns völlig klar sein, daß es sich hier um eine taktische Änderung handelt. Sie wollen auf diese Art und Weise stärker in die Partei hineinwirken. Ihr wirkliches Ziel ist nicht die Diskussion, sondern die Spaltung unserer Partei, die Gründung einer neuen Partei zu einem Zeitpunkt, der ihnen am günstigsten erscheint. In der 'Roten Fahne' wird nicht nur der falsche chinesische Standpunkt in den internationalen Fragen übernommen, sondern auch die innenpolitische Linie unserer Partei mit linksradikalen Phrasen aufs heftigste angegriffen. Dabei scheuen sie auch nicht vor bewußten Lügen und Verdrehungen zurück. Am Samstag, den 18.April, hat diese Gruppe ihre erste gesamtösterreichische Konferenz in Wien durchgeführt, zu der cirka 28 Teilnehmer erschienen. Diese Konferenz war nur für geladene Teilnehmer zugänglich. Am Freitag, den 24.April, hat diese Fraktion eine Delegation nach China entsandt. Es handelt sich hier zweifellos um eine kleine Gruppe, die von Wien aus Verbindungen in verschiedene Bundesländer, Bezirke und Organisationen hat. Trotzdem DÜRFEN WIR IHRE POLITISCH-IDEOLOGISCHE WIRKUNG IN DIE PARTEI HINEIN NICHT UNTERSCHÄTZEN."

Trotz ihrer erschütternden Einfalt haben wir die Ausführungen Muhris über die "ROTE FAHNE", ihre Absichten und Tätigkeiten, so

(Fortsetzung auf Seite 18)



"Schau her, diesen Weg mußt Du gehen, mein afrikanischer Freund!"



US-TWIST IN SÜD-VIETNAM

GEWINNE

BESCHÄFTIGUNG

"JEDEM DAS SEINE"
Aus „UAW Solidarity" (Amerikanische Gewerkschaftszeitschrift)

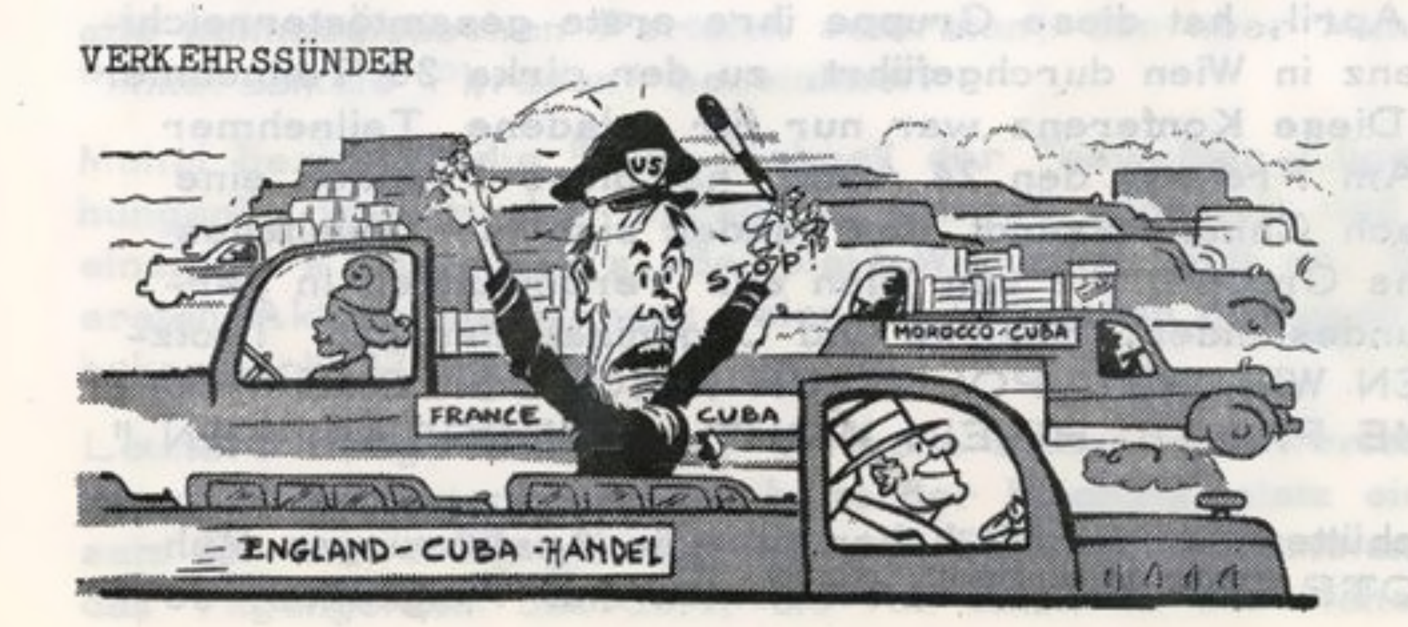


"Sehen Sie, jeder ist hier für MALAYSIA!"

DER US

im Spieg

VERKEHRSSÜNDER





Der Weihnachtsmann und sein Schatten





"Zwei Finger am Abzug"



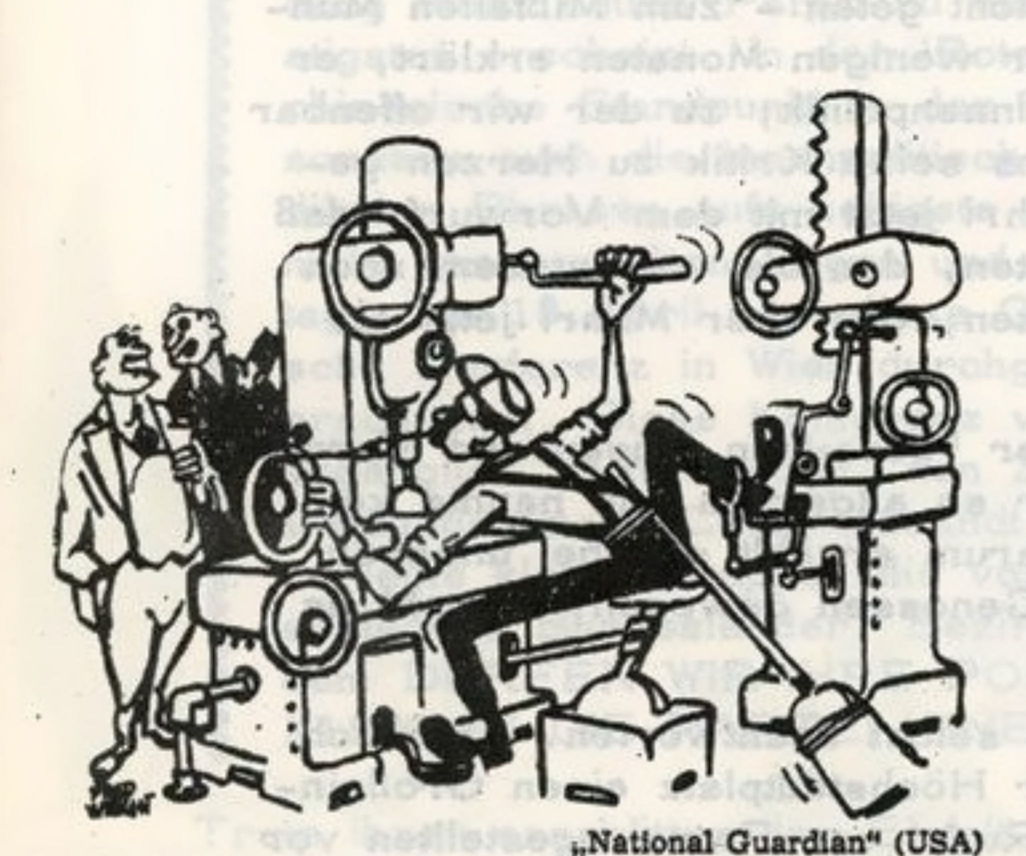
AMERIKANISCHE RECHTSCHREIBUNG
(Aus "Los Angeles Times")

– IMPERIALISMUS

el der Karikatur



DRESSUR-AKT



„National Guardian" (USA)

„Eigentlich halten wir es für wirtschaftlicher, nicht zu automatisieren!"



ausführlich zitiert, weil auch hier die M e t h o d e seiner Argumentation kennzeichnend ist: An den Anfang stellt er das, was ihm als das allerwichtigste erscheint - die "ausländische Unterstützung". Das Argument zeigt dreierlei: erstens, daß sich Muhri eine politische Aktivität ohne ausländische Unterstützung einfach nicht mehr vorzustellen vermag, daß er zweitens eine solche Unterstützung als Makel empfindet, weil er drittens dabei sofort an Geld und Abhängigkeit denkt. Uns erscheinen alle diese Vorstellungen reichlich primitiv und es wundert uns nur, wie ein Mitglied des Polbüros der KPÖ der Reihe nach die dümmsten und plattesten antikommunistischen "Argumente" der Bourgeoisie, von der "unbedeutenden", aber dennoch "gefährlichen" Minderheit, bis zur "ausländischen Agentur", aufgreifen und in der Auseinandersetzung mit anderen Kommunisten anwenden kann.

Das andere Hauptargument Muhris ist die angebliche "Spaltertätigkeit" der "Roten Fahne", für die er jedoch nicht den kleinsten Beweis zu erbringen vermag. Ist etwa die "Rote Fahne" von den Prinzipien abgewichen, die für die Kommunisten seit fast einem halben Jahrhundert Grundlage ihres Kampfes und Voraussetzung aller ihrer Erfolge waren? Führt etwa die "Rote Fahne" reihenweise Ausschlüsse und Absetzungen durch? Verlangt etwa sie, daß die Parteimitglieder zu jedem beliebigen Kurswechsel ja und amen sagen und dem Taktstock folgen, mit dem man ihnen ganz taktlos vor der Nase fuchtelt?

Hätte die "Rote Fahne" irgendeine Organisation - und sei es auch nur der bescheidenste Verein - gegründet, hätte Muhris Entrüstung kein Ende gefunden. Da sie es nicht tat, ist er nicht weniger entrüstet und schreit gegen heimliche Unterminierung. Wie können wir Dir 's recht machen, Genosse Muhri?

Der Generalsekretär der KPÖ, Friedl Fürnberg, hat uns auf einigen Bezirkskonferenzen den Rat gegeben, bei Unzufriedenheit mit der Parteiführung eben auszutreten und eine andere, uns besser gefallende Partei zu gründen. Wir haben das nicht getan - zum Mißfallen Muhris. Derselbe Fürnberg hat noch vor wenigen Monaten erklärt, er vermisse in der "Roten Fahne" die Innenpolitik, zu der wir offenbar nichts zu sagen hätten. Wir haben uns seine Kritik zu Herzen genommen und prompt überfällt uns Muhri jetzt mit dem Vorwurf, daß wir auch hier den Standpunkt vertreten, den bis vor kurzem noch alle kommunistischen Parteien vertraten, den aber Muhri jetzt als "linksradikale Phrasen" bezeichnet.

Muhri bezichtigt die "Rote Fahne" der "bewußten Lügen und Verdrehungen". Warum aber sprach er nur so allgemein und nannte kein einziges k o n k r e t e s Beispiel? Warum erzählt er, bei unserer ersten Aktivistenkonferenz seien 28 Genossen gewesen, obwohl es bekanntlich 37 waren?

Letztere Frage können wir übrigens selbst beantworten. Anläßlich unserer Aktivistenkonferenz hatte der Höchstädtplatz einen Großeinsatz für notwendig gehalten und ein Rudel von Parteiangestellten vor das Tagungslokal beordert, die von einem in der Nähe errichteten

"Hauptquartier", in dem Franz West saß, dirigiert wurden. Obwohl die Mannen Franz Wests die wichtigsten Aktivisten der Partei eigentlich kennen müßten und sie sich sehr bemühten, dürfte es ihnen doch nur gelungen sein, 28 der 37 Teilnehmer zu identifizieren, welche Zahl Muhri nun nennt. Auch hier sind übrigens nicht die Details entscheidend, sondern die Methoden, deren sich die Revisionisten bedienen sowie die Hemmungslosigkeit, mit der sie ihre Anhänger als Privatpolizei mißbrauchen.

Muhri beendete seinen "Geheimbericht" mit dem folgenden Antrag:

> "Das Polbüro schlägt vor, daß das Plenum des ZK die Spaltertätigkeit in unserer Partei verurteilen und eindeutig die Grenze zwischen einer in der Partei zulässigen und wünschenswerten Diskussion einerseits und der Fraktionstätigkeit andererseits feststellen soll.
> Die Herausgabe von Publikationen fraktioneller Art, die Abfassung und Veröffentlichung von Artikeln in solchen Organen, oder die Lieferung von Informationen für solche Artikel, der Verkauf und die Verbreitung fraktionistischer Schriften, sowie die Bildung eigener Gruppen im Rahmen einer oder im Bereich mehrerer Organisationen ist Fraktionstätigkeit.
> Wir schlagen vor, daß das Zentralkomitee die "Rote Fahne" ausdrücklich zum parteifeindlichen Fraktionsorgan erklärt."

Die anwesenden Mitglieder des ZK haben dann - das muß im Interesse einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung hinzugefügt werden, auch wenn es kein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Partei darstellt - gehorsam und "einmütig" für die von Muhri unterbreiteten Vorschläge des Polbüros gestimmt. Etliche von ihnen stimmten damit für einen Beschluß, mit dem man sie schon bei der nächsten Gelegenheit aus dem ZK entfernen und aus der Partei ausschließen wird.

Die Revisionisten im Polbüro aber werden den Stempel, den sie sich hier angefertigt haben, um alles und jedes, was ihnen nicht paßt, als "fraktionistisch" abzuurteilen, in Hinkunft eifrig gebrauchen. Daran ändert nichts, daß sie diesen Stempel vorläufig noch nicht herzeigen wollten, sondern schrittweise vorgehen wollen. Wer nicht abgestempelt werden will, wird nun sehr aufpassen müssen, die sogenannten "Grenzen der zulässigen und wünschenswerten Diskussion", die vom Polbüro bestimmt werden, nicht zu überschreiten.

Was aus der innerparteilichen Diskussion, aus der innerparteilichen Demokratie, was aus der KPÖ überhaupt wird, wenn diese empörenden Polizeiverordnungen und Ausnahmegesetze nicht fallen, bedarf keinen Kommentars.

Was jedoch die "ROTE FAHNE" betrifft, wird sie sich durch keinen Stempel und kein Klischee, weder durch Ausschlußparagraphen noch durch Notverordnungen vom Kampf gegen den Revisionismus und zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus abhalten lassen. Im Gegenteil. Solche Maßregeln unterstreichen nur die Notwendigkeit, diesen Kampf mit gesteigerter Kraft zu führen.

F.St.

DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

Den Namen sollt Ihr nie erfahren

Vor kurzem erschien im Europa-Verlag unter dem Titel "Zum Tode verurteilt" ein Buch von Herbert STEINER, in dem viel Material über den Widerstandskampf österreichischer Patrioten gegen den Hitlerfaschismus zusammengetragen ist.
Das Buch hat bloß einen Schönheitsfehler: ES VERSCHWEIGT BEI DEN HINGERICHTETEN KOMMUNISTEN ÄNGSTLICH IHRE PARTEIZUGEHÖRIGKEIT, ja erfindet sogar irgendwelche Namen von Untergrundorganisationen, nur um sich so anstößige Worte wie KPÖ oder KJV zu ersparen. Mit Recht haben sich daher viele Kommunisten gegen diese kleinliche Fälschung ausgesprochen.
Vielen ist es dabei aber entgangen, wer Herbert Steiner ist! Es ist nicht irgendein Antikommunist, sondern der frühere Bundessekretär der FÖJ und jetzige Leiter der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ, ein enger Freund der Marek und West und natürlich eifriger Anhänger von Chruschtschow!
Ist es ein Zufall, wenn diesem Vertreter der "weichen Welle" jetzt sogar auch schon der Name "Kommunist" anstößig und als besser zu beseitigendes "Relikt der Stalin-Zeit" erscheint?
Steiner ist nicht der einzige, der den Namen "Kommunist" nicht als Ehrentitel begreift, sondern ihn verstecken will wie eine heimliche Sünde. Zum Beispiel verschickt die Gebietsorganisation der KPÖ im FAC-Bau schon seit Monaten nur noch Einladungen, von denen die Bezeichnung "Kommunistische Partei" weggesäubert ist.
Vielleicht sollte man die Partei auf "Volkspartei" umtaufen, um aus solchen Verlegenheiten herauszukommen?

●

"Moralisch verkommen.."

Anfang Juni hat die sowjetische "Prawda" einen Artikel veröffentlicht, der es den Antirevisionisten wieder einmal tüchtig mischt. Sie sind nicht nur "Fraktionisten" und "Spalter", sondern außerdem noch "Renegaten", "Trotzkisten", "Abenteurer" und "moralisch verkommene Subjekte". Die TASS hat diese Schimpfkanonade der Verbreitung in der ganzen Welt wert gehalten. Jeder wie er kann.

●

Literarisches

Weil wir schon vom Schimpfen sprechen: Am 4.Juni beschäftigte sich die sowjetische Literaturzeitschrift "Literaturnaja Gaseta" mit dem US-Senator Goldwater, der in Kalifornien gegen Rockefeller siegte und Aussicht auf die Präsidentschaftskandidatur hat. Goldwater wird als "Neandertaler", "Hosenträgerhändler", "unwissendes Großmaul" und als "Ignorant mit der Galle eines Ochsen und dem Hirn eines Pfaus" vorgestellt. Die Vokabeln passen und man braucht diesen extremen Atomkriegshetzer nicht in Schutz zu nehmen. Uns graut bloß vor dem Gedanken: Was, wenn Goldwater demnächst US-Präsident wird? Wird er in der sowjetischen Darstellung dann ebenso rasch zum "Friedensfreund" avancieren wie Kennedys Nachfolger?

●

Vergeßlichkeit

Am 20.Mai hatte Chruschtschow eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten des Irak, die laut Pressemeldungen sehr herzlich verlief und bei der allgemeines Einvernehmen erzielt wurde. Auch die "Volksstimme" berichtete darüber. Am selben 20. Mai ging aber auch noch eine andere Nachricht aus dem Irak durch die Zeitungen: die zwangsweise Auflösung und das Verbot aller irakischen Gewerkschaften durch die Regierung. Die "Volksstimme" hat diese Meldung nicht gebracht. Warum eigentlich?



ERLEICHTERUNGEN FÜR DIE ÄGYPTISCHEN KOMMUNISTEN

Wie ägyptische Korrespondenten melden, hat Präsident NASSER gewisse Erleichterungen für die inhaftierten ägyptischen Kommunisten verfügt. So wurde das bisherige Konzentrationslager in der Oase von Kharga aufgelassen und die rund 500 dort gefangengehaltenen Kommunisten in das Zentralgefängnis von Kairo überstellt, wo ein Teil von ihnen entlassen wurde. Sie dürfen sich derzeit frei bewegen, müssen aber ab 18 Uhr in ihren Wohnungen sein und sind Polizeikontrollen unterworfen. Viele der jetzt Freigelassenen haben 5-6 Jahre in Kerkern und Konzentrationslagern verbracht, nachdem sie im Zuge von Massenverhaftungen 1958/59 gefangengenommen worden waren.
Es ist ungewiß, ob es zu weiteren Freilassungen von ägyptischen Kommunisten kommen wird oder ob die Erleichterungen für sie nur eine vorübergehende Maßnahme im Zusammenhang mit dem Besuch Chruschtschows bei Nasser darstellen. Angesichts der Ernennung Nassers zum "Helden der Sowjetunion" ist die politische Lage der ägyptischen Genossen überaus widerspruchsvoll.

WILSONS MOSKAUREISE

Von seiner zwölften Rußlandreise, die ihn nach seinen Feststellungen "hoch befriedigt" hat, ist der Führer der englischen Labour-Party Harold Wilson nach Hause zurückgekehrt. Wilson teilte mit, daß er mit Chruschtschow insbesondere über die Frage der Verhinderung der Weiterverbreitung der Atomwaffen verhandelte.

EUROPÄISCH ODER ASIATISCH

In Beantwortung des Verlangens der Sowjetregierung, als asiatisches Land an der 1965 stattfindenden afroasiatischen Konferenz teilnehmen zu können, veröffentlichte die Regierung der VR China am 30.Mai eine Stellungnahme, in der es heißt, daß die Sowjetunion ein europäisches Land darstelle. Die Entscheidung dieser Frage habe nichts mit den zwischen China und der Sowjetunion bestehenden Differenzen zu tun und entspreche der Haltung, die die Sowjetunion bis vor kurzem noch selbst eingenommen habe. Obwohl die Sowjetunion z.Bsp. die erste afroasiatische Konferenz 1955 unterstützt habe, hat sie damals ihrem Status als europäisches Land entsprechend um die Beteiligung nicht einmal angesucht. Auch Indien, von dem jetzt der Vorschlag kam, auch die Sowjetunion einzuladen, war bei der ersten Konferenz noch gegen eine solche Einladung gewesen. In der geographischen Lage der Sowjetunion habe es inzwischen aber keine Veränderungen gegeben.
Die chinesische Erklärung weist die von der Sowjetregierung erhobene Drohung, sie werde an jenen Ländern Vergeltung üben, die gegen ihre Beteiligung an der afroasiatischen Konferenz seien, energisch zurück und warnt vor den Folgen solcher Drohungen.
Zu den in der sowjetischen Erklärung vom 30.April enthaltenen Beschimpfungen stellt die chinesische Regierung fest:
"Wenn die Sowjetregierung weiterhin endlos den Ton des letzten Monats fortsetzt, ohne in eine positive Entwicklung einzuschwenken, so müssen wir uns von jeder weiteren Antwort entschuldigen lassen."

BAKTERIENKRIEG GEGEN KUBA?

Ministerpräsident Castro teilte am 1.Juni der Öffentlichkeit mit, daß amerikanische Flugzeuge über kubanischem Gebiet eine Reihe ballonartiger Behälter abgeworfen haben, aus denen sich eine gelatineähnliche Masse entleerte. Es wurden sofort Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

US-MILITÄRHILFE AN INDIEN

Nach einer Mitteilung aus Washington wird sich die amerikanische Militärhilfe für Indien, die 1963 den Wert von 60 Millionen US-Dollar erreichte, in den kommenden Jahren bedeutend erhöhen. Die indische Regierung will in den kommenden fünf Jahren von den USA insgesamt für 550 Millionen Dollar Waffen beziehen. In diesem Zusammenhang fuhr am 8.Mai eine indische Regierungsdelegation nach Washington. U.a.plant Indien den Bau von 6 Fabriken für schwere Geschütze, von denen 3 mit USA-Hilfe errichtet werden soll. Über die Errichtung einer Munitionsfabrik wurde bereits Einverständnis erzielt. Sie soll in Mahrashtra entstehen.
Die "Hindustan Times" berichten, daß auch Großbritannien beim Bau von Rüstungsbetrieben zu helfen versprochen hat. Desgleichen wird die Regierung der CSSR bei einer der geplanten Geschützfabriken technische Hilfe und Kredite geben.

BONN EINSTIMMIG

Am 5.Juni hat der Bonner Bundestag einstimmig dem Moskauer Vertrag über das teilweise Verbot der Atomversuche zugestimmt.
Der westdeutsche Außenminister Schröder lobte, daß das Abkommen die westlichen "Sicherheitsbemühungen" nicht beeinträchtigt hat.

ALBANIENS AUSSENHANDEL FLORIERT

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gesamtumfang des albanischen Außenhandels 1963 um 12 Prozent größer geworden, der Export sogar um 17 Prozent gestiegen. Dieser bemerkenswerte Erfolg demonstriert neuerlich das völlige Fehlschlagen des sowjetischen Versuchs, über Albanien einen Handelsboykott zu verhängen.

EIN JAPANISCHER SP-ABGEORDNETER GEGEN DEN "DREIER-VERTRAG"

Der japanische SP-Senator Motojiro MOKI wandte sich im außenpolitischen Ausschuß des japanischen Parlaments scharf gegen den Moskauer Teststopp-Vertrag, da er nur dazu diene, das Atommonopol einiger Großmächte zu schützen und weil er die unterirdischen Atomtests legalisiert.

CHAOS STATT SOZIALISMUS

Die in Ljubljana erscheinende Zeitung "DJELO" veröffentlichte kürzlich folgenden Leserbrief:
"Ich bitte die Redaktion um eine Erklärung: In den Jahren 1945 bis 1948 war ich an mehreren Kursen anwesend. Dort haben uns die Referenten über Politische Ökonomie gelehrt, wie der Sozialismus sein soll: eine Ordnung mit steigendem Lebensstandard, festen Preisen und ohne Krisen. Damals hörte ich, daß es im Kapitalismus oft zu Krisen, Preissteigerungen usw. kommt und daß man das 'kapitalistisches Chaos' nennt.
Heute steigen die Preise bei uns unwahrscheinlich schnell, aber nicht der Lebensstandard. Wir kleinen Leute verstehen nicht, wie es dazu kommt. Sollen wir jetzt diese Situation nicht als Chaos bezeichnen? Kann sich die Redaktion nicht bemühen, uns dafür eine Erklärung zu geben?"
"DJELO" hat eine solche Erklärung gleichzeitig veröffentlicht. In ihr wird die Schuld an allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die "objektiven Verhältnisse in der Welt" geschoben.

EINE REDE E.GUEVARAS

Der kubanische Industrieminister E. Guevara erklärte kürzlich in einer Rede:
"Der Kampf zwischen dem kubanischen Volk und dem amerikanischen Imperialismus ist ein Kampf auf Leben und Tod. Es ist ein Teil des weltumspannenden Kampfes zwischen den Völkern und den Ausbeutern. So ein Kampf kann nur mit der Liquidierung des einen Systems beendet werden. Der Kapitalismus ist im Abstieg. Daher wird der Kampf mit seiner Niederlage enden. Wir müssen den mächtigen Waffen der USA, ihren Provokationen, Sabotageakten und ihrer Einschüchterungspropaganda entschiedenen Widerstand leisten. Ohne Übertreibung können wir sagen, daß in diesem Kampf der Sieg auf unserer Seite sein wird."

AUS UNSEREN BRUDERZEITUNGEN

Einige unserer Bruderzeitungen, die nun regelmäßig in der Redaktion der "Roten Fahne" eintreffen.

(Hier: Belgien, Italien, Brasilien, England und Australien)

THE VANGUARD

For Peace and Socialism – For Marxism-Leninism


La Voix du Peuple

Fondateur Joseph Jacquemotte

Périodique des Communistes de Belgique


The Australian Communist

nuova unità

PER LA VITTORIA DEL MARXISMO-LENINISMO

A CLASSE OPERÁRIA

毛主席接见奥地利《红旗》代表团

新华社二十一日訊 中国共产党中央委員会主席毛澤东接見了以特欧·海斯为首的奥地利馬克思列宁主义者刊物《紅旗》代表团全体成員，同他們进行了亲切友好的談話。

接見时在座的，有中共中央委員伍修权，中央候补委員赵毅敏和《人民日报》副总編輯陈浚等。

《紅旗》代表团是应我《人民日报》編輯部的邀請于上月下旬到达我国进行友好訪問的。代表团由团长、《紅旗》編輯部成員特欧·海斯和团員阿尔明·弗劳德曼等六位同志組成。

* * *

右图：毛澤东主席接見由《紅旗》編輯部成員特欧·海斯率領的奥地利馬克思列宁主义者刊物《紅旗》代表团。

毛澤东主席和特欧·海斯团长亲切握手。 新华社記者 吕厚民摄

Anläßlich des Besuchs der Delegation der "ROTEN FAHNE" bei Genossen MAO TSE TUNG brachte das Zentralorgan der KP Chinas "Renmin Ribao" auf der Titelseite ein Foto und die nebenstehende Mitteilung, in der es heißt:

"Der Vorsitzende des ZK der KP Chinas MAO TSE TUNG empfing den Leiter einer Delegation der österreichischen marxistisch-leninistischen Zeitschrift 'ROTE FAHNE' Theo HEISS und die Mitglieder der Delegation und hatte mit ihnen ein herzliches Gespräch. Der Aussprache wohnten ferner das Mitglied des ZK der KPCh WU HSIU CHUAN, das Stellvertretende Mitglied des ZK der KPCh CHAO YI MIN und der Stellvertretende Chefredakteur von 'RENMINRIBAO' CHEN CHUN bei."



ZUSAMMENTRITT DER ZWEITEN AFROASIATISCHEN KONFERENZ BESCHLOSSEN

Vom 1. bis 15. April fand in Djakarta unter Teilnahme von Vertretern aus 22 afrikanischen und asiatischen Ländern die Vorbereitungskonferenz für die Einberufung der Zweiten afro-asiatischen Konferenz statt. Die Erste Konferenz fand bekanntlich im April 1955 in BANDUNG statt. Auf dieser Tagung wurde beschlossen, alle Vorbereitungen für die neuerliche Zusammenkunft der Staatsoberhäupter oder Regierungschefs aller afrikanischen und asiatischen Länder am 10. März 1965 in einem Tagungsort in Afrika zu treffen. Die Organisation für die afrikanische Einheit wird das Land in Afrika festlegen, das Gastgeber sein wird. Unmittelbar vor der Konferenz wird eine Außenministerkonferenz stattfinden, die sich vor allem mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit befassen wird.

Als Hauptziele der Zweiten afro-asiatischen Konferenz wurden unter anderem festgelegt: Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft , Austausch von Erfahrungen und Informationen zum gemeinsamen Wohl; Erreichung eines gemeinsamen Einverständnisses über die Grundprobleme, die sich durch die aus dem antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf resultierenden revolutionären Veränderungen auf allen Gebieten des Lebens der Völker Asiens und Afrikas ergeben haben; Suche nach geeigneten Methoden für die dauernde Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen und asiatischen Nationen, für die friedliche Regelung von Streitigkeiten, für die Wiederbelebung des geistigen Erbes der afrikanischen und asiatischen Völker und für die volle Ausnützung ihrer natürlichen Hilfsquellen sowie für die Entwicklung ihrer nationalen Eigenarten auf der Grundlage der politischen Souveränität, der wirtschaftlichen Orientierung auf die eigenen Kräfte und der kulturellen Selbstbehauptung; Formulierung von leitenden Prinzipien und Entwicklung praktischer Maßnahmen für die afrikanischen und asiatischen Völker in ihrem dauernden Kampf gegen alle Formen des Kolonialismus, der Rassendiskriminierung und fremder wirtschaftlicher Ausbeutung; Wiederherstellung des Rücksiedlungsrechtes für Völker, die durch imperialistische und kolonialistische Maßnahmen und in Verletzung der Menschenrechte aus den Wohngebieten ihrer Väter vertrieben wurden; Sicherung der vollständigen Befreiung jener Länder, die sich noch unter fremder Herrschaft befinden; Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit der Länder Afrikas und Asiens zum Zwecke der Konsolidierung und Sicherung ihrer Unabhängigkeit und der Erhöhung des Lebensstandards ihrer Völker.

In Übereinstimmung mit den obengenannten Zielen wurde die folgende provisorische Tagesordnung für die Zweite afro-asiatische Konferenz festgelegt:

Allgemeiner Überblick über die internationale Situation im Lichte der Ersten afro-asiatischen Konferenz und Einschätzung der zehn Prinzipien von Bandung;

Entkolonialisierung und Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus;

Menschenrechte: a) Rassendiskriminierung und Apartheid, b) Genocid (Menschenmord);

Weltfrieden und Abrüstung: strikte internationale Kontrolle, Verbot aller Arten von Atomtests, keine Weiterverbreitung von Atomwaffen, Schaffung atomwaffenfreier Zonen, vollständiges Verbot und völlige Vernichtung aller Atomwaffen;

friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten und Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen: Grundprinzipien für die Regelung von afro-asiatischen Streitfällen;

Stärkung der Vereinten Nationen: Überprüfung der Charta der Vereinten Nationen, Einhaltung der Prinzipien und Zwecke der Charta der Vereinten Nationen;

ökonomische Entwicklung und Zusammenarbeit: Überblick über die Resultate der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung , im besonderen die Stellung der afro-asiatischen Länder gegenüber den industrialisierten Ländern, Grund-Prinzipien für die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und asiatischen Ländern für die wirtschaftliche Befreiung;

kulturelle Zusammenarbeit;

friedliche Koexistenz: Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz; Zweckmäßigkeit der Errichtung eines dauernden Sekretariats zur Erleichterung einer wirksamen Zusammenarbeit unter den afro-asiatischen Nationen.

Es wurde beschlossen, die folgenden Länder zur Zweiten afro-asiatischen Konferenz einzuladen: 1) alle 29 Länder in Afrika und Asien, die an der ersten Konferenz in Bandung teilgenommen haben, 2) die afrikanischen Mitgliedsländer der Organisation für afrikanische Einheit, 3) jene Länder in Afrika und Asien, die bis zum Zusammentritt der Zweiten afro-asiatischen Konferenz unabhängig werden, ferner die Mongolei, Nordkorea, Südkorea, Zypern, Kuwait, West-Samoa, die Provisorische Regierung von Angola, 4) Vertreter aller nationalen Bewegungen aus nicht sich selbst regierenden Gebieten, die von der Organisation für die Einheit Afrikas anerkannt sind und aus Asien, die noch nicht die Unabhängigkeit erreicht haben. Das gilt auch für Südafrika, Südrhodesien, Oman, Aden und Palästina.

AIDIT, der Vorsitzende der KP Indonesiens und Mitglied der indonesischen Delegation auf der Tagung, erklärte zum Erfolg der Vorbereitungskonferenz, daß damit der Versuch der Imperialisten, die Zweite afro-asiatische Konferenz mit allen Mitteln zu verhindern, abgewehrt und niedergeschlagen wurde. "Das ist ein voller Sieg für uns und für alle, die den Bandung-Geist hochhalten!"

Eine besondere Rolle spielte auf der Vorbereitungskonferenz die Frage, ab die Sowjetunion und "Malaysia" zur Teilnahme eingeladen werden sollten. Mit dem Verzicht auf diese Einladung wurde, wie der Generalsekretär der Tagung, SUWITO, erklärte, das Haupthindernis der Konferenz beseitigt.

Der Leiter der chinesischen Delegation, Vizepremier und Außenminister Marschall TSCHEN YI, dessen besonderes Verdienst am Erfolg der Vorbereitungstagung Suwito unterstrich, gab kurz vor seinem Abflug aus Djakarta eine Erklärung ab, in der es u.a. heißt:

"Auf der Konferenz machte die indische Delegation den Vorschlag, die Sowjetunion zur Teilnahme an der Zweiten afro-asiatischen Konferenz einzuladen. Dieser Vorschlag ist unrichtig, weil, wie jeder weiß, die Sowjetunion kein afrikanisches oder asiatisches Land ist. Indem die Konferenz nach dem Geist handelte, gemeinsamen Boden zu suchen und Differenzen beiseite zu lassen, sowie nach dem Grundsatz, Übereinstimmung durch Beratung zu erreichen, hat die Konferenz diesen Vorschlag abgelehnt.

Die indische Delegation stellte auch die Frage der Einladung 'Malaysias' zur Teilnahme an der Zweiten afro-asiatischen Konferenz. Die Tagung hat diese Frage in Verfolgung des gleichen Geistes und Grundsatzes richtig behandelt und auch diese Einladung abgelehnt.

Der Erfolg unserer Tagung stellt einen Sieg der afrikanischen und asiatischen Völker dar und eine Niederlage für die Imperialisten. Die imperialistischen und reaktionären Kräfte, die der afro-asiatischen Solidarität feindselig gegenüberstehen und Angst vor einem erfolgreichen Zusammentreten der Zweiten afro-asiatischen Konferenz haben, werden sich mit ihrer Niederlage natürlich nicht abfinden und werden weiter Unruhe stiften. Nach meiner Ansicht müssen die afrikanischen und asiatischen Völker weiterhin hohe Wachsamkeit üben und unablässig den Kampf fortsetzen, während wir voller Freude den Erfolg der Vorbereitungskonferenz begrüßen."

WAS DIE "VOLKSSTIMME" SCHREIBT - UND WAS SIE VERSCHWEIGT

NACH DEM TODE NEHRUS

Anläßlich von Nehrus Tod hat die österreichische Presse viele lobende Worte über ihn geschrieben und seine Verdienste bewundert. Wir verstehen das - soweit es die bürgerliche Presse betrifft. Wir verstehen es weniger beim Zentralorgan der KPÖ.

In einem von Pietät triefenden, mit schwarz umrandetem Titel versehenen Nachruf zu "Nehrus Lebensweg" konnte sich die "Volksstimme" vom 28.Mai der rühmenden Worte über Nehru nicht genug tun. Wie der Verfasser, der Indien-"Spezialist" Harry Sichrovsky, behauptet, "erkannte Nehru als erster bürgerlicher indischer Führer den tiefen sozialen Inhalt der anti-imperialistischen Revolution", kämpfte er dafür,"daß der indische Nationalkongreß solche Forderungen wie Bodenreform, Rechte für die Arbeiterschaft und Entmachtung der Feudalherren in sein Programm aufnahm", stellte er "die Verbindung" des Nationalkongresses "zur weltweiten Bewegung gegen Krieg und Imperialismus her", "trat er in der UNO für die koloniale Befreiung, gegen Imperialismus und Krieg auf", war er in Indien selbst "lenkend bei der Ausarbeitung der Fünfjahrpläne und der Projekte der Verstaatlichung tätig", stellte er sich "als ein entscheidendes Hindernis den Plänen der Reaktion in den Weg", hegte er "tiefe Sympathie für den Marxismus" - und so weiter und so fort. Um den Schein der Objektivität zu wahren, wird zwar e i n Satz den "Fehlern und Halbheiten, Schwankungen und Inkonsequenzen" Nehrus gewidmet, doch umso dikker ist dann der Schluß: "Wenn die Geschichte ihr Urteil über ihn fällt, muß sie unweigerlich zu dem Ergebnis kommen, daß Nehrus positive Rolle ausschlaggebend war, daß seine Leistungen im Kampfe für Frieden und Verständigung, gegen Imperialismus und Krieg historische Bedeutung haben, weil sie in der Gegenwart fühlbar sind und noch in der Zukunft wirksam sein werden."

Nehru ist nun tot. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, die W a h r h e i t über ihn und seine Rolle zu sagen. Wer also war Nehru wirklich, worin bestand tatsächlich seine historische Rolle und Bedeutung? Nur die konkrete Untersuchung der Entwicklung Indiens und die Analyse der von Nehru repräsentierten Politik kann diese Frage wahrheitsgemäß beantworten:

Im Kampfe für die staatliche Unabhängigkeit Indiens stand Nehru zusammen mit Ghandi an der Spitze der indischen B o u r g e o i s i e , die vom Beginn dieses Kampfes an - infolge ihrer wirtschaftlichen Position - stets eine starke Tendenz zum Kompromiß mit den Kolonialherren vertrat, was sich in den beiden Losungen der "Nicht-Zusammenarbeit" ("Non-Cooperation") gegen die britische Kolonialherrschaft, und der "Gewaltlosigkeit" ("Non-Violence") äußerte. Der Zweck dieser Losungen war eindeutig, die Massenbewegung des Volkes in nicht-revolutionären Bahnen und Grenzen zu halten.

Nach der Erringung der Unabhängigkeit wurde im Verlauf der siebzehnjährigen ununterbrochenen Regierungszeit Nehrus seine dem Imperialismus zugewandte und den Interessen der indischen Großbourgeoisie sowie dem Großgrundbesitz dienende Politik von Jahr zu Jahr deutlicher. Es ist deshalb kein Zufall, daß beim Begräbnis Nehrus, des laut "Volksstimme" so aktiven Kämpfers gegen Imperialismus und Krieg, der letzte Vizekönig aus der Zeit der britischen Kolonialherrschaft, der derzeitige englische Ministerpräsident, der Außenminister der USA und andere prominente Imperialisten unter den Trauergästen waren.

Was ist aus dem mit so unsäglichen Opfern geführten Kampf des indischen Volkes um den völligen Sturz der britischen Ausbeuterherrschaft und um



NACH EINEM LEBEN VOLLER ENTBEHRUNGEN

vollständige Befreiung des Landes unter der 17-jährigen Nehru-Regierung geworden?

Im Verlauf der indischen Volksbewegung für nationale Unabhängigkeit haben die britischen Kolonialisten mit der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern Indiens ein Kompromiß erreicht und ihnen die Herrschaft zu solchen Bedingungen übergeben, die im wesentlichen die wirtschaftlichen Interessen der Kolonialisten unberührt ließen. So wurden die Früchte des Kampfes des indischen Volkes gegen die britische Herrschaft weitgehend von der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern Indiens eingeheimst. So wurde Nehru, der einst bis zu einem gewissen Grade die Interessen der nationalen Bourgeoisie Indiens repräsentiert hatte, nach Ausrufung der Unabhängigkeit schrittweise zu einem Repräsentanten der Interessen der indischen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Und so geriet die Nehru-Regierung in zunehmendem Maß in Abhängigkeit und in den Dienst imperialistischer Interessen, wobei sich die amerikanischen Imperialisten immer mehr in den Vordergrund schoben.

Nach der indischen Unabhängigkeitserklärung erhielt das Land k e i n e s w e g s w i r t s c h a f t l i c h e U n a b h ä n g i g k e i t ! Der Imperialismus behielt seinen wirtschaftlichen Einfluß. Nach offiziellen indischen Statistiken aus dem Jahre 1951 kontrollierte damals das ausländische Kapital 97 % der Erdölindustrie, 93 % der Gummi-Industrie, 90 % der Zündholzerzeugung, 89 % der Jute-Industrie, 86 % der Tee-Produktion und 62 % der Kohlenförderung Indiens. Seither haben die ausländischen Investitionen in Indien rasch zugenommen: im Juni 1948 waren in indischen Unternehmungen 2.560 Millionen Rupien Auslandkapital investiert, es belief sich auf 34,8 % des Gesamtkapitals der indischen Aktiengesellschaften. Im Jahre 1960 hatten sich diese Zahlen bereits auf 6.550 Millionen Rupien und 38 % des Gesamtkapitals erhöht. Innerhalb von 12 Jahren der Unabhängigkeit unter der Regierung Nehrus hatte die Investitionstätigkeit der Imperialisten also u m 1 5 0 P r o z e n t z u g e n o m m e n ! Gleichzeitig erhöht sich ständig die Zahl der Unternehmungen, die sich in gemeinsamem Besitz indischer und ausländischer Kapitalisten, faktisch aber unter Kontrolle der letzten befinden: nach einem Bericht der indischen Zeitung "Economic Times" vom 23. Juli 1962 erhöhte sich die Zahl dieser Unternehmen in den Jahren von 1958 bis 1962 in folgender Weise - 103, 150, 380, 403 und schließlich 1240 Unternehmungen. Am raschesten wuchs dabei das US-Kapital: Von 1948 bis 1959 v e r d o p p e l t e n sich die britischen Investitionen in Indien, während sich die USA-Investitionen in der gleichen Zeit v e r s i e b e n f a c h t e n ! Von 1948 bis 1961 stieg der amerikanische Anteil am indischen Gesamtimport auf Kosten der Briten von 16 auf 27 Prozent an. Auch in den indischen Wirtschaftsplänen spielt das Auslandskapital eine zunehmende Rolle. Wenn beim ersten indischen "Fünfjahr-Plan" 9,6 Prozent der Gesamtausgaben von ausländischen Geldgebern gedeckt werden sollten, so waren es beim zweiten schon 20,6 und beim dritten sogar rund 30 Prozent. Die Indien von seiten der USA gewährte "Hilfe" erreichte zwischen 1949 und 1962 die Höhe von insgesamt 6.598 Millionen US-Dollar. Die Auslandsverschuldung Indiens wuchs somit unter Nehru ständig an, was nicht nur eine immer drückendere Zinsenlast (rund 6 % im Jahr), sondern auch wachsende politische Abhängigkeit zur Folge hat.

Die unter der Nehru-Regierung errichteten staatlichen Unternehmungen sind faktisch staatskapitalistische Unternehmungen, die von den Großkapitalisten und den Großgrundbesitzern beherrscht werden und weitgehend vom ausländischen Monopolkapital abhängig sind, auf deren Bedürfnisse sie zugeschnitten sind. Sie stellen im Grunde indisches bürokratisches Kapital dar, das sich auf Kosten der arbeitenden Massen, aber auch der kleinen und mittleren indischen Kapitalisten erweitert.

Das soziale Hauptproblem Indiens ist das B a u e r n p r o b l e m. Während ihrer Kolonialherrschaft haben sich die englischen Imperialisten vorwiegend auf die Klasse der feudalen Großgrundbesitzer gestützt und das feudale Bodensystem in Indien auf der Stufe des finstersten Mittelalters gehalten. Die Bauernmassen waren einer unerhörten Ausbeutung in Form von Pacht, Steuerdruck und Wucher unterworfen. Hat Nehru in den fast zwei Jahrzehnten seiner Regierung etwas daran geändert? Nein! In der Anfangsperiode der indischen Unabhängigkeit wurden zwar die politischen Privilegien einiger örtlicher feudaler Fürsten und Großgrundbesitzer aufgehoben, aber das feudale indische Bodensystem als Ganzes wurde b e i b e h a l t e n. Selbst nach Angaben der indischen Behörden verfügte im Jahre 1955 die indische Dorfarmut, die 75 % aller landwirtschaftlichen Haushalte umfaßt, nur über 17 % des bebauten Bodens. Infolge von Bodenenteignungen durch die feudalen Grundbesitzer hat sich die Lage der indischen Dorfarmut seither weiter verschlechtert. Laut einer Veröffentlichung des indischen Innenministeriums stieg der Prozentsatz der verschuldeten Bauernhaushalte von 44,5 % im Jahre 1952 auf 64,5 Prozent im Jahre 1957 an.

Unter der Regierung Nehrus hat sich der L e b e n s s t a n d a r d der arbeitenden Massen Indiens v e r s c h l e c h t e r t ! Die Unzufriedenheit der breiten Volksmassen gegen die Politik Nehrus und die Massenopposition gegen sie nahmen daher von Jahr zu Jahr zu. Unter den zahlreichen Massenaktionen der letzten Jahre ragten folgende besonders hervor: die Kämpfe und Hungerdemonstrationen des Jahres 1958, die Bewegung gegen die Wuchersteuern im Jahre 1959, der Kampf um Nahrung für eineinhalb Millionen Menschen in Westbengalen im Jahre 1959, der große Streik von 500.000 Beschäftigten im Jahre 1960, die zahlreichen Kämpfe gegen den Steuerdruck und um Bodenzuteilung während der Jahre 1961 und 1962, usw. Auch der Wahlsieg der KP Indiens in Kerala im Jahre 1957 war ein Ausdruck dieser Massenbewegungen, in denen sich die Verschärfung der Klassengegensätze in Indien und die politische Krise der Nehru-Regierung manifestierte.

Wie viel faselt die bürgerliche, aber auch die von modernen Revisionisten beherrschte Presse über die angebliche " T o l e r a n z " des Nehru-Regimes! Doch die folgenden - offiziellen indischen Statistiken entnommenen - Zahlen werfen ein merkwürdiges Licht auf diese Darstellungen:

- In den ersten drei Jahren der indischen Unabhängigkeit eröffneten indische Truppen und Polizei in 1982 Fällen das Feuer auf das Volk und t ö t e t e n dabei 3.784 Menschen, während rund 10.000 verwundet und 50.000 ins Gefängnis geworfen wurden!
- In Kerala hat Nehru die reaktionären Kräfte offen ermuntert, die legale kommunistische Provinzialregierung gewaltsam zu stürzen, was mit Hilfe des Staatsapparats Nehrus auch geschah.
- Allein während der Hungerdemonstrationen von 1959 in Westbengalen hat Nehrus Staatsapparat 80 Menschen getötet, 3.000 verwundet und 20.000 Verhaftungen durchgeführt.
- Im Jahre 1960 gab der frühere Präsident von Indien, Prasad, auf einer Gouverneurskonferenz zu, daß die Zahl der Zwischenfälle, bei denen die Polizei das Feuer eröffnete, in den vergangenen 13 Jahren g r ö s s e r war als unter der britischen Herrschaft!
- Besonders brutale Unterdrückungsmaßnahmen hat die Nehru-Regierung gegen die nationalen Minderheiten durchgeführt. In Nordostindien wurden tausende Angehörige des Naga-Volkes durch indische Truppen niedergemetzelt und zehntausende in Konzentrationslager gebracht!

Wo - fragt man sich - ist da etwas von der vielgerühmten "Toleranz" und Friedensliebe Nehrus zu bemerken?

Wenn Nehrus A u ß e n p o l i t i k in seinen ersten Regierungsjahren

manche fortschrittlichen Züge aufwies, so hat sie sich Hand in Hand mit dem zunehmenden Wandel seiner Innenpolitik immer mehr dem Imperialismus angenähert. Zu den positiven Erscheinungen jener ersten Periode sind insbesondere zu zählen: die Weigerung Nehrus, sich imperialistischen Militärblocks anzuschließen, seine damalige Politik der "Blockfreiheit", seine Politik friedlicher Nachbarschaft zu den sozialistischen Ländern, seine Unterstützung der Initiative Chinas zur Beschlußfassung über die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" sowie Nehrus positive Rolle bei der Einberufung der ersten afro-asiatischen Konferenz in Bandung. Aber selbst in dieser ersten Periode war Nehrus Rolle nicht eindeutig antiimperialistisch!

So brachte die Nehru-Regierung zur Zeit des amerikanischen Aggressionskrieges gegen Korea im November 1952 einen Vorschlag in der UNO ein, mit dem sie die gewaltsame Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen seitens der USA unterstützte.
Während der ungarischen Konterrevolution 1956 griff Nehru die Sowjetunion und die rechtmäßige ungarische Regierung an. Als im Jahre 1958 die amerikanischen und britischen Imperialisten Truppen nach dem Libanon sandten, verteidigte Nehru diese Aggression, indem er das Vorgehen der Imperialisten als "Schutz ihrer eigenen Interessen" billigte. Während ihn der Tod des blutbefleckten König Faisals vom Irak tief betrübte, war Nehru ein aktiver Verteidiger der Tito-Clique gegenüber all ihren Kritikern, deren Feststellungen er als unerlaubte "Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder" verurteilte. Erlaubt aber schien ihm seine Kritik an der Hinrichtung des Verräters Nagy in Ungarn, die er als einen "Beitrag zur Erhöhung der Spannung in der Welt" ablehnen zu müssen glaubte.

In den folgenden Jahren ging Nehru noch deutlicher auf die Seite der Imperialisten über. Der große Kampf des japanischen Volkes im Jahre 1960 gegen das amerikanisch-japanische Militärbündnis erntete Nehrus Mißfallen. Zu der von den USA-Imperialisten inszenierten Invasion auf Kuba im April 1961 erklärte er, daß Indien "nicht beurteilen könne, wer im Recht und wer im Unrecht sei". Als im März 1961 zum Protest gegen den Mißbrauch der UNO für die imperialistische Intervention im Kongo die meisten afroasiatischen Länder ihre Truppen aus dem Kongo zurückzogen, stimmte im Gegensatz dazu die Nehru-Regierung der weiteren Entsendung von 3.000 indischen Soldaten in den Kongo als Verstärkung der UNO-Truppen zu, deren Aufgabe die Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes des kongolesischen Volkes und die Wahrung der dortigen Interessen des USA-Imperialismus war. Auf der Belgrader Konferenz der "blockfreien" Länder im September 1961 erklärte Nehru im Gegensatz zu den Vertretern vieler anderer Länder, daß die Frage der Bekämpfung des Imperialismus und Kolonialismus nur eine "sekundäre Stelle" einnehmen solle und wandte er sich gegen die Annahme von Erklärungen zur Verurteilung des Imperialismus und Kolonialismus. Durch diese Einstellung verlor Indien in Asien und Afrika viele Sympathien, während Nehru die zunehmende Gunst der USA erlangte.

Das Ausmaß der finanziellen "Hilfe", die Indien von den USA und von amerikanisch kontrollierten internationalen Finanzorganisationen erhalten hat, ist ein wahres Barometer der Außenpolitik Nehrus und insbesondere seiner Politik gegenüber China: Die US-"Hilfe" an Indien in den Jahren 1949 bis 1956 betrug 789 Millionen US-Dollar, jährlich also über 110 Millionen Dollar. Zwischen 1956 und 1959, als sich die Außenpolitik der Regierung Nehrus immer mehr nach rechts neigte, betrug die USA-"Hilfe" schon 1.936 Millionen Dollar, d.h. 645,5 Millionen jährlich. In der Periode von 1959 bis Juli 1962 schließlich, als die Nehru-Regierung bereits mit ihrer Antichina-Kampagne eingesetzt hatte, erreichte diese

US-"Hilfe" an Indien den bisherigen Rekord von 3.872 Millionen US-Dollar bzw. 1.290 Millionen Dollar im Jahr.

Zu der finanziellen Unterstützung, die Nehru von Seiten der Imperialisten erhielt, kam in den letzten Jahren eine zunehmende finanzielle und wirtschaftliche Hilfe von der S o w j e t u n i o n , wobei die militärische Hilfe, die Nehru seit dem von Indien provozierten Grenzkonflikt an der chinesischen Grenze bekommt, sogar das Ausmaß der militärischen Unterstützung durch die USA übertrifft: 130 Millionen Dollar von der Sowjetunion gegenüber 110 Millionen Dollar von den USA.

Schon in den Zeiten, da die indisch-chinesischen Beziehungen noch gut waren, haben die herrschenden Kreise Indiens unter Führung Nehrus in dem zu China gehörenden T i b e t wiederholt interveniert. Als die von Nehru angezettelte Rebellion der reaktionären Gruppen in Tibet im Jahre 1959 niedergeschlagen wurde, zeigte Nehru sein wahres Gesicht gegenüber China, gab dem reaktionären Führer der Rebellion, dem Dalai Lama, in Indien Asyl und verwandelte seine früher vorgegebene Freundschaft für China in offene Feindseligkeit.

Doch schon v o r Beginn seines bewaffneten Vorstoßes auf chinesisches Gebiet gab Nehru Erklärungen über sein Verhältnis zu China ab, die nicht mißzuverstehen sind:

"Ein starkes China ist normalerweise ein expansionistisches China. Im Verlauf der ganzen Geschichte ist das so gewesen. Chinas Bevölkerungsproblem selbst, die große Bevölkerung und das Tempo ihrer Zunahme, das größer ist als irgendwo sonst in der ganzen Welt... macht die Entstehung einer neuen und sehr gefährlichen Situation nicht so sehr für Indien, aber auch für Indien, wahrscheinlich." (27.November 1959)

"Auch wenn wir mit ihnen hundert Prozent freundschaftlich sind, bleibt die Tatsache bestehen, daß eine starke Macht an unseren Grenzen sitzt. Das allein ändert schon das ganze Bild. So stehen wir da einander gegenüber - und stehen einander im jetzigen Moment in Feindseligkeit gegenüber - und wir werden einander nicht nur heute und morgen, sondern für hunderte und hunderte von Jahren gegenüberstehen." (9.Dezember 1959).

"Im Grunde ist die Wahrheit die, daß China immer expansionistisch war, wenn es stark war." (12.Dezember 1959)

Diese und ähnliche Erklärungen Nehrus, die das sozialistische China, dem Aggression und Angriff auf andere Länder grundsätzlich fremd sind, in verleumderischer Weise mit dem China unter der Herrschaft der feudalen Ausbeuterklasse gleichsetzen, können nur eines demonstrieren: daß China nach Meinung Nehrus und der von ihm vertretenen herrschenden Schichten k e i n starkes Land werden solle, daß China seine Industrie nicht rasch entwickeln sollte, China sich militärisch nicht stärken sollte und - falls dies möglich wäre - China aufhören sollte, Indiens Nachbar zu sein, sondern seine geographische Lage ändern sollte. Mit anderen Worten: China sollte so viel als möglich geschwächt werden und womöglich zu existieren aufhören - das war schon damals die Meinung des von den Revisionisten so gepriesenen "Friedensfreunds"!

Während China, um den Frieden zu bewahren, den ununterbrochenen Grenzprovokationen durch die indische Regierung äußerst zurückhaltend begegnete, nahmen diese an Zahl zu. Erst als die Nehru-Regierung im Jahre 1962 zu militärischen Angriffen großen Maßstabs gegen China vorging, sah sich das sozialistische China veranlaßt zurückzuschlagen und die Angriffe abzuwehren, um seine Souveränität zu sichern.

Es zeigte sich nun, daß das angeblich "blockfreie" Indien sein Territorium für die bewaffneten Streitkräfte der Imperialisten zur Verfügung

zu stellen bereit war, daß britische und amerikanische Manöver auf indischem Gebiet abgehalten wurden, daß Indien versorgt wurde mit immer mehr Kriegsmaterial der Westmächte, aber auch der Sowjetunion. Vor den Augen der ganzen Welt hörte Nehru damit auf, auch nur den Schein einer von den Imperialisten unabhängigen Politik zu wahren. Höchste Vertreter der US-Armee besuchten Indien, um seine militärstrategischen Probleme zu studieren, während mit den von der Sowjetunion gelieferten Waffen der militärische Einbruch auf das Territorium Volkschinas durchgeführt wurde. Es war schon nicht mehr zu verwundern, daß Nehru auch die zur Ausdehnung der amerikanischen Einkreisungs- und Aggressionspolitik gegen die Völker Südostasiens, Indonesiens aber auch der Völker Vorderindiens und aller am Indischen Ozean gelegenen Länder, vorgenommene Entsendung der 7. US-Flotte in den Indischen Ozean wortlos akzeptierte.

Nehru, einst ein Führer im Kampf um die indische Unabhängigkeit, hat somit jetzt sein Land in ein offenes Militärbündnis mit den Imperialisten hineingeführt und es damit faktisch zum Tummelplatz der Imperialisten gemacht. Den vom sozialistischen China, das sich trotz seiner militärischen Siege freiwillig auf die frühere Grenzlinie zurückzog und alle Gefangenen sowie alle erbeuteten Waffen in einer großzügigen Geste zurückgab, immer wieder erneuerten Vorschlägen zur definitiven Regelung der Grenzprobleme schenkte Nehru bis zu seinem Tode kein Gehör und hielt damit künstlich einen Konflikt aufrecht, der ihm als Vorwand diente, seine auf wachsende Ausbeutung der indischen Werktätigen gegründete reaktionäre Innenpolitik sowie seine chauvinistisch-nationalistische und proimperialistische Außenpolitik unentwegt fortzusetzen.
Wenn Nehrus Nachfolger in seiner ersten Regierungserklärung davon sprach, daß er als seine Hauptaufgabe betrachte, in Indien Armut und Unwissenheit zu bekämpfen und dem Lande den Sozialismus zu bringen, gleich danach aber die getreuliche Fortsetzung der Politik Nehrus versprach, so hat er damit seine anfänglichen Versprechungen eigentlich schon widerrufen. Das eine läßt sich mit dem anderen nicht vereinbaren.

Die revisionistischen Führer der KP Indiens mit S.A.DANGE an der Spitze haben sich bis zum Tod Nehrus unentwegt hinter ihn gestellt und haben ihn hemmungslos glorifiziert. Sie haben in den entscheidenden Tagen des indisch-chinesischen Grenzkonflikts die chauvinistische Politik Nehrus verteidigt, indem sie in lügnerischer Weise das sozialistische China des "Angriffs" bezichtigten und zur "Unterstützung der indischen Regierung" aufriefen. Diese Renegaten haben damit nicht nur die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, sondern auch die Interessen des indischen Volkes gröblichst verletzt. Zugleich aber sammeln sich heute die revolutionären, dem Marxismus-Leninismus treuen Kräfte in der KP Indiens und formieren sich zu neuen Kämpfen. Nehru war nur eine Episode. Die Kraft aber, die sie verkörpern, wird früher oder später das neue Gesicht Indiens formen.

W.F.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101